



**IM RATHAUS**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

An die  
lokalen Medien

14.01.03

Ergebnisse der Fraktionsberatungen am 13.01.03

## **Presseerklärung**

### **1. Bürgerbegehren**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werten den Erfolg des Aktionsbündnisses für den Erhalt von Hortplätzen und kleinen Grundschulen bei ihrer Unterschriftenaktion zur Einleitung eines entsprechenden Bürgerbegehrens als positives Signal für die Bereitschaft von Menschen, neue Formen der direkten Demokratie und damit politische Verantwortung wahrzunehmen. In einem nicht komplikationslosen Weg der Formulierung gemeinsamer politischer Zielsetzungen einschliesslich eines Vorschlages zur Finanzierung und der anschliessenden problemlosen Bewältigung der ersten Hürde des Bürgerbegehrenverfahrens, haben viele Eltern und interessierte BürgerInnen eindrucksvoll demonstriert, dass sie jederzeit in der Lage sind, diese Form der Willensbekundung zu praktizieren und auch die nächsten Schritte für die Umsetzung des Begehrens zu bewältigen .

Vor diesem Hintergrund wären nicht nur die grossen Fraktionen, die das Begehren bis zum ersten Erfolg weitgehend ignoriert haben, gut beraten, die Willensbekundung der BürgerInnen zu honorieren, sondern auch der Oberbürgermeister, der die Debatte über die Hortplätze mit der drohenden Abschaffung angestossen hat. Das Familienprojekt darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass letztlich die Qualität der Ganztagsbetreuung zur Debatte steht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben das Bürgerbegehren unter anderem deshalb unterstützt, weil wir Zukunftsmodelle fordern, die den Standard der Betreuung in Horten erfüllen. Alle zu betreuenden Kinder sollen, unabhängig von der Form einen Anspruch auf ein adäquates Betreuungsangebot haben. Für den Erhalt der kleinen Grundschulen gilt, dass diese in den entsprechenden Stadtbezirken für Kinder und Eltern wesentliche soziale Funktionen erfüllen. Wir sind der Meinung, dass die Finanzierbarkeit der Ganztagsbetreuung und der Erhalt der kleinen Grundschulen auch bei knappen Kassen ganz wesentlich von der Kreativität der Politik abhängt. Der Verzicht auf Qualität im Bereich Betreuung von Kindern und Jugendlichen wird langfristig zu negativen Konsequenzen führen.

Von daher fordern wir Verwaltung und Politik auf, die Rechtmässigkeit des Begehrens anzuerkennen und nicht auf dem Weg der juristischen Spitzfindigkeit die klar erkennbare politische Absicht zu unterminieren. Die grossen Fraktionen, die ihre Bereitschaft erklärt haben,



**IM RATHAUS**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

sich mit den VertreterInnen des Aktionsbündnisses zu beraten, fordern wir auf, sich der politischen Debatte zu stellen und den durch jeweils über 20.000 Unterschriften dokumentierten Willen von BürgerInnen dieser Stadt durch entsprechende Beschlüsse zu würdigen.

Im weiteren Beratungsprozess über die Ausweitung des Ganztagsbetreuungsangebotes sollte die Kompetenz des Aktionsbündnisses in jeder Phase einbezogen werden. Auch der Oberbürgermeister muss lernen, dass die Einbeziehung der BürgerInnen in Entscheidungsprozesse nicht notwendiges Übel, sondern politische Bereicherung ist. Wenn es um die Zukunft der Kinder geht, sind Eltern und Kinder selbst die kompetentesten politischen BegleiterInnen.

## **2. Neujahrsempfang**

Der Oberbürgermeister lädt zum Neujahrsempfang ins Konzerthaus ein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten die Durchführung dieser Veranstaltung mit dem Ziel der Förderung von Kommunikation mit wichtigen Repräsentanten der Stadt im Grundsatz für überlegenswert, zu diesem Zeitpunkt jedoch für ein falsches Signal.

Der städtische Haushalt ist dem Spardiktat unterworfen. Täglich werden BürgerInnen mit Einschnitten in soziale Sicherungssysteme konfrontiert. In einer solchen Situation erstmalig einen Neujahrsempfang mit rein repräsentativen Charakter durchzuführen geht in die falsche Richtung und ist vor allen Dingen von dem Eigeninteresse des Oberbürgermeisters geprägt, der den Empfang ausdrücklich als Bestandteil seiner persönliche Imagekampagne und damit als eine Art Auftaktveranstaltung seines Wahlkampfes sieht.

Wir hielten die Verwendung der entsprechenden Haushaltsmittel für Veranstaltungen, die Diskussion und Kontaktpflege wie beim Wirtschaftsempfang verbinden, für wesentlich sinnvoller und das angebrachte öffentliche Signal. Dortmund ist im übrigen NRW- weit ziemlich allein auf weiter Flur, was die Durchführung eines solch relativ pompösen Neujahrsempfanges angeht. Das sollt dem Oberbürgermeister ebenfalls ebenfalls zu denken geben.